

Jahresbericht 2024

Wohnungsnotfallhilfe

Abt. Wohnungsnotfallhilfe

Annenstraße 18

09111 Chemnitz

0371/ 66626995

wlh@stadtmission-chemnitz.de

www.stadtmission-chemnitz.de

Geschäftsstelle

Glockenstraße 5-7

09130 Chemnitz

0371/ 4334 0

info@stadtmission-chemnitz.de

www.stadtmission-chemnitz.de



Inhalt

1	Einleitung.....	3
2	Organisation Wohnungsnotfallhilfe	3
2.1	Rahmenbedingungen	3
2.2	Personal.....	3
2.3	Fortbildung/ Supervision.....	3
3	Auswertung Wohnungsnotfallhilfe.....	4
3.1	Straßensozialarbeit	4
3.2	Tagestreff Haltestelle	5
3.3	Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle und Existenzsicherung.....	6
3.4	Ambulant betreutes Wohnen	8
4	Öffentlichkeitsarbeit	9
5	Sozialpolitische Schlussfolgerungen.....	9

1 Einleitung

Das Jahr 2024 zeigte, dass sich die soziale Notlage zunehmend verschärft: Steigende Armut führt dazu, dass immer mehr Menschen auf die Unterstützung von Hilfsangeboten angewiesen sind. Gleichzeitig wird die Finanzierung dieser Strukturen zunehmend in Frage gestellt. So steigen die Fallzahlen in den Einrichtungen, während die personellen und finanziellen Ressourcen stagnieren oder gar sinken. Besonders im Bereich der Wohnraumvermittlung wird deutlich, dass die Hürden für benachteiligte Personengruppen weiterwachsen. Der ohnehin begrenzte Zugang zu bezahlbarem Wohnraum wird durch ablehnende Vermieterhaltungen zusätzlich erschwert.

Weiterhin wird der Jahresbericht zeigen, wie sich psychosoziale Belastungen, die mit einem steigenden Gewaltpotenzial innerhalb der betroffenen Gruppen einhergehen, vermehren. Trotz eines rechtlichen Rahmens, der die Unterstützung wohnungsloser Menschen als Pflichtaufgabe und Rechtsanspruch für die Betroffenen definiert, sind Projekte wie der Tagestreff vermehrt auf eine Unterstützung durch das Ehrenamt angewiesen – eine Entwicklung, die die Nachhaltigkeit der Hilfesysteme infrage stellt.

Diese Entwicklungen erfordern gezielte Lösungen und präventive Maßnahmen, auf die der Jahresbericht auch Antworten sucht. Der Fokus liegt dabei auf tragfähigen Ansätzen, die die nachhaltige Unterstützung der Betroffenen sicherstellen.

2 Organisation Wohnungsnotfallhilfe

2.1 Rahmenbedingungen

Die Zahl der armutsbetroffenen Menschen in Chemnitz nimmt kontinuierlich zu, wodurch auch der Bedarf an Hilfen der Wohnungsnotfallhilfe steigt. Insbesondere die Nachfrage nach einer Postadresse, Beratungsangeboten sowie grundlegender hygienischer Versorgung wächst. Gleichzeitig sind die finanziellen Mittel für diese Angebote rückläufig. Dies hat zur Folge, dass weniger Fachpersonal beschäftigt werden kann als inhaltlich notwendig wäre. Ehrenamtliche Mitarbeitende leisten zwar einen wichtigen Beitrag und sind zur Aufrechterhaltung der Angebote existentiell; sie können jedoch keine fachliche Begleitung oder auch Sozialarbeit ersetzen. Aufgrund der eingeschränkten Finanzierung musste die Öffnungszeit des Tagestreffs seit 2022 um eine Stunde am Tag verkürzt werden. Jedoch steigt die Zahl der psychisch auffälligen sowie suchtgefährdeten Menschen. Während Alkohol weiterhin die am häufigsten konsumierte Substanz ist, nimmt der Konsum von Crystal Meth oder auch anderen illegalen Drogen stetig zu. Dies führt zu einer zunehmenden Zahl herausfordernder Situationen im Arbeitsalltag, und das projektübergreifend. Die Rahmenbedingungen für die Unterstützungsangebote verschlechtern sich somit trotz des steigenden Bedarfs, was eine angemessene und professionelle Betreuung und vor allem Entwicklung von Perspektiven bei den Betroffenen zunehmend erschwert.

2.2 Personal

Im Berichtsjahr gab es mehrere personelle Veränderungen: Ein Mitarbeiter, der mit je einer halben Stelle im Tagestreff und in der Bahnhofsmision tätig war, verließ die Stadtmission. Für beide Projekte musste daher kurzfristig Ersatz gefunden werden. Zudem führte eine Umstrukturierung auf Leitungsebene dazu, dass die frei gewordene Sozialarbeiterstelle im Tagestreff neu ausgeschrieben und besetzt wurde. In der Beratungsstelle trat eine Mitarbeiterin ab August in ein Beschäftigungsverbot ein, ihre Stelle konnte zum ersten Oktober neu besetzt werden.

2.3 Fortbildung/ Supervision

Laut Dienstvereinbarung steht den Mitarbeitenden jährlich ein festgelegtes Budget für Supervision zur Verfügung, das flexibel für Einzel- oder Gruppensupervision genutzt werden kann. Zusätzlich finden monatlich Fallbesprechungen im gesamten Team statt, bei denen die Methode der kollegialen Fallberatung zum Einsatz kommt.

Im Berichtsjahr nahmen mehrere Mitarbeitende verschiedene Weiterbildungsangebote wahr. Ein fester Bestandteil ist dabei die jährliche Teilnahme der Straßensozialarbeitenden an der „FEST18+ | Fachtagung Erwachsenen-Streetwork“, der einzigen bundesweiten Fachtagung für aufsuchende Sozialarbeit im Erwachsenenbereich.

3 Auswertung Wohnungsnotfallhilfe

3.1 Straßensozialarbeit

Im Jahr 2024 besuchten die Straßensozialarbeiter:innen einige der ihnen bereits länger bekannten Gruppen seltener als in den Vorjahren. Dies hatte verschiedene Ursachen: Zum einen hat sich das Hilfsangebot über die Jahre hinweg etabliert und eine hohe Bekanntheit erlangt. Dadurch konnten die Betroffenen die Unterstützung der Sozialarbeiter:innen zunehmend auch ohne deren regelmäßige persönliche Präsenz in Anspruch nehmen. Anerkannte Mitglieder der Gruppen übernahmen dabei eine vermittelnde Rolle und stellten den Kontakt zur Straßensozialarbeit telefonisch oder per E-Mail her. Zum anderen lösten sich einige Gruppen aufgrund natürlicher Entwicklungen wie dem Älterwerden oder dem Versterben einzelner Mitglieder auf. Zudem führten bauliche Veränderungen sowie ordnungsrechtliche Maßnahmen der Stadt zu einer sinkenden Aufenthaltsqualität an bestimmten Orten, was in einigen Fällen eine Verdrängung zur Folge hatte.

Gleichzeitig stieg jedoch die Zahl der Einzelpersonen, die sich im Stadtgebiet aufhielten und bereits seit längerer Zeit ohne feste Unterkunft lebten – sei es auf der Straße, in leerstehenden Gebäuden oder bei Bekannten. Besonders betroffen waren dabei Männer. Diese waren sowohl EU-Bürger, vorwiegend aus Osteuropa, sowie deutsche Staatsbürger, überwiegend im Alter zwischen Mitte 40 und Mitte 60.

Jahr	Kontaktierte Personen	Beratene Personen	Wohnungslose Personen
2024	704	209	63
2023	777	209	68
2022	708	220	51
2021	774	219	67
2019	696	179	39

Im Jahr 2024 wurden in 19 Stadtteilen insgesamt 704 Personen erreicht, von denen 209 eine intensive Beratung erhielten, die auch dokumentiert wurde. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Rückgang um 73 kontaktierte Personen (2023: 777), während die Zahl der dokumentierten Beratungen konstant blieb (2023: 209). Bei wohnungslosen Einzelpersonen lag der Fokus auf einer niedrigschwelligen Kontaktaufnahme sowie der Bereitstellung von Lebensmitteln, Getränken und Kleidung. Zeigten Betroffene Interesse an weiterführender Unterstützung, erfolgte eine zeitnahe Vermittlung an entsprechende Hilfsangebote (insgesamt 187 Fälle) oder eine persönliche Begleitung dorthin (67 Fälle). Dazu gehörte unter anderem der Tagestreff Haltestelle, der neben preiswerten Mahlzeiten und Duschmöglichkeiten auch die Einrichtung eines Postfachs sowie tagesstrukturierende Angebote anbietet.

Der Übergang in weiterführende Hilfsangebote wie den Tagestreff oder Beratungsstellen gestaltete sich insbesondere für die oben beschriebenen Einzelpersonen als herausfordernd. Faktoren wie soziale Isolation, körperliche Erkrankungen, psychische Belastungen und Suchterkrankungen erschwerten eine langfristige Unterstützung. Zudem führten aufenthaltsrechtliche Einschränkungen bei EU-Bürger:innen sowie der deutlich angespannte Wohnungsmarkt für diesen Personenkreis in Chemnitz dazu, dass über die grundlegende Versorgung hinausgehende Hilfen nur begrenzt möglich waren. Die Situation verschärfte sich zusätzlich durch den Mangel an betreuten Wohnangeboten für psychisch erkrankte Menschen ohne Krankheitseinsicht sowie das Fehlen alternativer Wohnformen wie Bauwägen oder Wohncontainer und innovativer Ansätze wie „Housing First“.

Ein Hinweis auf die zunehmende Verfestigung der Wohnungslosigkeit ist der wachsende Anteil der dauerhaft oder vorübergehend obdachlosen Personen, die durch die Straßensozialarbeit beraten wurden. Im Vergleich zu 2019 (siehe Tabelle oben) zeigt sich ein anhaltend erhöhtes Niveau der Wohnungsnotfälle und der Anstieg der armutsbetroffenen Menschen. Die Beratungsgespräche mit den Betroffenen und die zur Verfügung stehenden Hilfemöglichkeiten zeigen deutlich, dass sich die durchschnittliche Dauer der Wohnungslosigkeit weiter verlängert.

3.2 Tagestreff Haltestelle

Im Jahr 2024 besuchten 845 unterschiedliche Personen den Tagestreff Haltestelle – 40 weniger als im Vorjahr (2023: 885). Darunter waren 612 Männer und 233 Frauen (2023: 627 Männer, 258 Frauen). Trotz dieses leichten Rückgangs stieg die tägliche Besuchszahl: Im Schnitt kamen pro Tag 25 Männer und 7 Frauen – vier Besuche mehr als im Vorjahr. Trotz einer verkürzten täglichen Öffnungszeit seit 2023 bleibt die Auslastung des Tagestreffs unverändert hoch.

Monat	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sep.	Okt.	Nov.	Dez.
Männer	24	22	25	25	25	27	24	22	25	26	26	23
Frauen	7	6	9	7	7	8	7	6	7	6	8	6
2024	31	28	34	32	32	35	31	28	32	32	34	29
Vorjahr	30	33	32	31	25	30	27	26	29	30	35	31
2019	30	33	29	32	28	27	29	29	29	29	30	31

Diese Tabelle zeigt die durchschnittliche tägliche Besucherzahl pro Monat und veranschaulicht die Entwicklung der Besucherzahlen im Tagestreff. Der Kreis der Menschen, die den Tagestreff zur Tagesstrukturierung nutzen, hat sich erheblich erweitert. Dazu zählen nicht nur wohnungslose Personen, sondern auch Menschen, die unter unzumutbaren oder gewaltgeprägten Bedingungen leben.

Alter ¹	bis 21 Jahre	22-26 Jahre	27-40 Jahre	41-60 Jahre	ab 61 Jahre
Männer	14	30	63	47	5
Frauen	2	7	9	9	3
Divers	0	0	0	0	0
Gesamt	16	37	72	56	8
Vorjahr	17	30	79	44	8

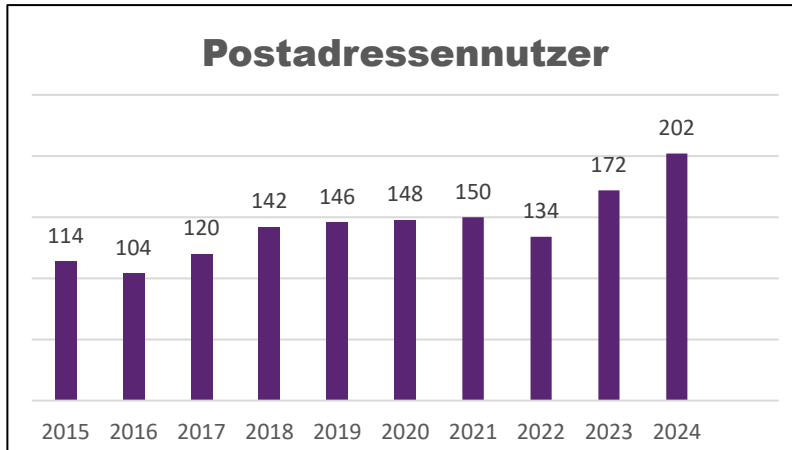
Neben der Bereitstellung einer stabilen Tagesstruktur für obdachlose Menschen gehören auch Krisenintervention, ein niedrigschwelliger Zugang in akuten Notsituationen und frühzeitige Intervention bei schwerwiegenden Entwicklungen zu den zentralen Aufgaben der Mitarbeitenden im Tagestreff Haltestelle. Angebote, die über die

grundlegenden tagesstrukturierenden Maßnahmen hinaus gehen, lassen sich derzeit nur über das Ehrenamt oder mit Hilfe von Praktikant:innen umsetzen.

Eine verlässliche Aussage darüber, wie viele Besucher:innen des Tagestreffs Haltestelle wohnungslos sind, kann nur über die Nutzung der Postadresse getroffen werden. Von den **845** Besucher:innen haben **189** eine Postadresse eingerichtet (Vorjahr 178).

Da es keine verlässlichen Zahlen zur tatsächlichen Anzahl wohnungsloser Menschen in Chemnitz gibt, kann die Zahl der eingerichteten Postadressen im Tagestreff als ein Indikator dienen. Sie zeigt, wie viele Menschen keinen mietvertraglich gesicherten Wohnraum haben und auf dieses Angebot angewiesen sind.

¹ Das Alter bezieht sich auf den Stichtag 31.12.2023



Im Jahr 2024 wurden 189 neue Postadressen eingerichtet, hinzu kommen 13 langjährige Nutzer:innen. Das bedeutet: Mindestens **202** Menschen waren im vergangenen Jahr für kurze oder längere Zeit ohne festen Wohnsitz – 30 mehr als noch 2023.

Besonders beunruhigend ist die anhaltend hohe Nachfrage. Monat für Monat lag die Zahl der aktiven Postadressennutzer:innen zum Stichtag weit über 100. Die

Durchschnittswerte machen diese Entwicklung besonders deutlich: Während 2023 durchschnittlich 90 Menschen das Angebot nutzten, waren es 2024 bereits 104.²

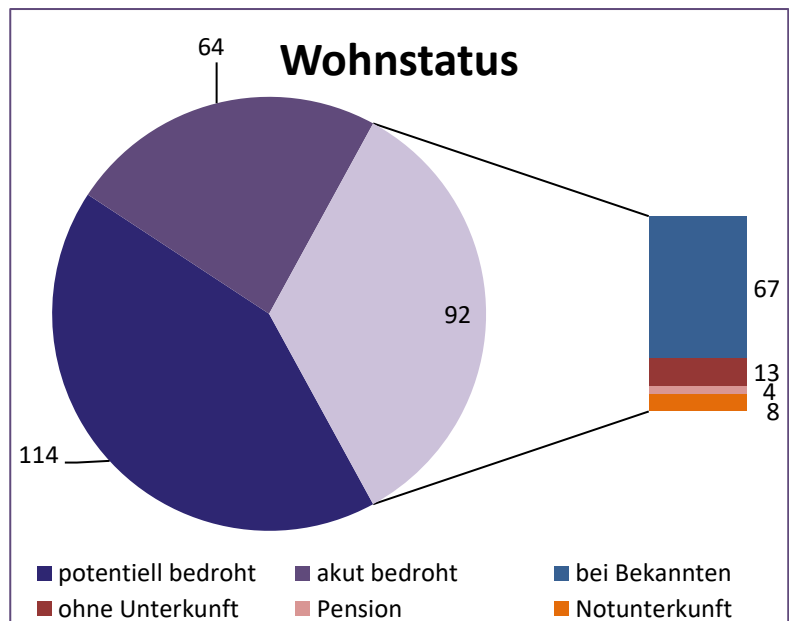
Die anhaltend hohe Nachfrage nach einer Postadresse im Tagestreff Haltestelle ist besorgniserregend. Zum einen führt der steigende Bekanntheitsgrad der Einrichtung dazu, dass immer mehr Menschen das Angebot in Anspruch nehmen. Zum anderen begünstigt die zentrale Lage den Zugang für Betroffene. Zudem bleibt die Zahl der Personen, die durch das Jobcenter vermittelt werden, hoch, um Bürger:innen ohne festen Wohnsitz weiterhin den Bezug von Sozialleistungen zu ermöglichen.

Doch diese Faktoren allein erklären den deutlichen Anstieg nicht. Vielmehr deutet alles darauf hin, dass wirtschaftliche Not und die Auswirkungen der Inflation, kurz der Mangel an unterschiedlichen Ressourcen immer mehr Menschen in prekäre Lebenslagen drängt – mit der Folge, dass sie auf eine Postadresse in einer sozialen Einrichtung angewiesen sind, weil sie keine Wohnung mehr haben und bspw. bei Freunden und Bekannten untergekommen sind.

3.3 Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle und Existenzsicherung

Im Berichtszeitraum des aktuellen Jahres nahmen insgesamt 270 (Vorjahr 285) Personen die Unterstützung der Beratungsstelle für Wohnungsnotfälle und Existenzsicherung in Anspruch. Die Gruppe der Ratsuchenden erwies sich als äußerst heterogen in Bezug auf Herkunft, Alter und Einkommenssituation. Von diesen Personen waren 30 zuvor aus anderen Bundesländern zugezogen.

Ein signifikanter Teil der Hilfesuchenden lebte ohne Partner oder Kinder. Bei Beratungsbeginn waren 92 Personen offiziell als wohnungslos registriert (siehe Diagramm nebenan), während 178 Personen von Wohnungslosigkeit bedroht



² Jeden Monat werden die aktiven Postadressen zum Monatsende gezählt. Diese Zahlen werden addiert und durch zwölf gerechnet. Daraus errechnet sich der Durchschnittswert der aktiven Postadressen pro Monat.

waren. Auffällig ist, dass nur acht der wohnungslosen Personen, die in der Beratungsstelle vorsprachen, eine städtische Notunterkunft in Anspruch nahmen. Der weit überwiegende Teil fand vorübergehend bei Bekannten oder Familienangehörigen Unterkunft. Dies verdeutlicht, dass Wohnungslosigkeit häufig ein verborgenes Phänomen bleibt und in vielen Fällen nicht unmittelbar sichtbar wird.

Wie bereits im Vorjahr stellt die Vermittlung in adäquaten Wohnraum weiterhin die größte Herausforderung dar. Neben der Wohnraumsuche lag der Fokus der Beratung insbesondere auf der Unterstützung bei der Beantragung sozialrechtlicher Leistungen sowie der Sicherung bestehender Wohnverhältnisse durch präventive Maßnahmen. Trotz intensiver Bemühungen konnten bis zum Ende des Berichtszeitraums lediglich 16 der 92 wohnungslosen Personen erfolgreich in eigenen Wohnraum vermittelt werden.

Es ist davon auszugehen, dass in den Fällen, in denen die Unterstützung ohne weitere Rückmeldung beendet wurde (143 Fälle), die Wohnungslosigkeit bzw. der Hilfebedarf fortbesteht. Die genauen Hintergründe hierfür bleiben jedoch spekulativ. Wahrscheinlich ist jedoch, dass viele der Betroffenen aufgrund vielschichtiger psychosozialer Problemlagen und struktureller Hürden auf dem Wohnungsmarkt nicht in der Lage sind, den Unterstützungsprozess fortzuführen und deshalb den Hilfeprozess abbrechen. Insbesondere die zunehmenden Anforderungen bei der Wohnraumsuche, wie Bonitätsnachweise oder andere Anforderungen der Vermieter, stellen für viele eine kaum überwindbare Barriere dar.

In fünf Fällen konnte nachweislich keine Lösung für die bestehende Wohnungslosigkeit gefunden werden. Ausschlaggebend hierfür waren fehlende Mietschuldenfreiheitserklärungen vom Vermieter, negative Bonitätsauskünfte sowie überwiegend prekäre Einkommensverhältnisse. Diese Faktoren verschärfen die ohnehin bestehende soziale Benachteiligung und führen dazu, dass betroffene Personen trotz Unterstützungsangeboten langfristig von einer sicheren Wohnperspektive ausgeschlossen bleiben.

In der Beratungsarbeit zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen Wohnungslosigkeit und der Integration in den Arbeitsmarkt. Der Verlust des Arbeitsplatzes und damit der wirtschaftlichen Existenzgrundlage führt häufig zu Mietschulden und Wohnraumkündigungen. Besonders prekär ist die Situation für Betroffene, die aufgrund fehlender vertragsrechtlicher Kenntnisse und unzureichender Informationen seitens der Behörden nicht über ihre sozialrechtlichen Ansprüche und deren Konsequenzen aufgeklärt sind.

Besonders besorgniserregend ist, dass Personen mit geringen Sprachkenntnissen wiederholt unter Druck gesetzt werden, arbeitgeberseitig initiierte Aufhebungsverträge zu unterzeichnen – oftmals ohne das Ausmaß der Folgen zu verstehen. Diese Praxis führt regelmäßig zu einer dreimonatigen Leistungssperre und damit zu vollständiger Einkommenslosigkeit, was das Risiko von Mietrückständen und letztlich Wohnungslosigkeit erheblich erhöht. Verstärkend wirkt dabei, dass viele zugewanderte Arbeitnehmer trotz jahrelanger Beschäftigung in Deutschland keinen Zugang zu Integrationskursen hatten und die Sprache nur unzureichend beherrschen.

Die Entwicklungen im Jahr 2024 verdeutlichen daher die dringende Notwendigkeit erweiterter Präventionsangebote, insbesondere in der Erwerbs- und Sozialleistungsberatung für Personen in prekären Arbeitsverhältnissen. Neben gezielten Beratungsangeboten wäre auch eine Fortschreibung des städtischen Wohnraumkonzepts erforderlich, das den besonderen Bedarf einkommensschwacher und marginalisierter Personengruppen stärker berücksichtigt. Wichtige Grundlagen wurden mit dem „Nationalen Aktionsplan zur Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030“ sowie dem Teilhabeplan der Stadt Chemnitz geschaffen. Für eine nachhaltige Wirkung bedarf es jedoch einer intensiveren praktischen Umsetzung durch alle beteiligten Akteure in den kommenden Jahren.

3.4 Ambulant betreutes Wohnen

Im Ambulant Betreuten Wohnen (ABW) wurden insgesamt 19 Klienten betreut, darunter 13 Männer und 6 Frauen. 79 % der Klienten waren zwischen 24 und 64 Jahre alt und entsprachen damit der Hauptzielgruppe. 21 % der betreuten Personen waren im Rentenalter. Die Zahlen verdeutlichen, dass auch Seniorinnen und Senioren Unterstützung gemäß § 67 ff. SGB XII benötigen. Faktoren wie drohender Wohnungsverlust, Altersarmut und Vereinsamung begründen den Hilfebedarf und eine Weitervermittlung in altersspezifische Unterstützungssysteme wäre angebracht. Doch gerade die Faktoren, die den Hilfebedarf nach § 67 ff. SGB XII begründen, stehen einer erfolgreichen Weitervermittlung oftmals im Wege.

Auch in diesem Jahr fehlten den Klienten häufig persönliche, materielle und soziale Ressourcen, was ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erheblich erschwerte. Mit Unterstützung der Einrichtung arbeiteten sie an vielfältigen Problemlagen, um ihre Lebenssituation zu verbessern. 95 % der Klienten hatten finanzielle Schwierigkeiten, 84 % Probleme mit dem Leistungsbezug oder der Wohnsituation. 52 % benötigten Lebensberatung, 63 % litten unter psychischen und 37 % unter körperlichen Erkrankungen. Zudem spielten in einigen Fällen Suchtproblematiken und Straffälligkeit eine Rolle.

Im Berichtsjahr waren alle Klienten auf Transferleistungen angewiesen, darunter auch Rentner sowie eine erwerbstätige Klientin, die mit ihrer Familie ergänzende Leistungen des Jobcenters bezog. Der Mangel an finanziellen Ressourcen schränkte die Möglichkeiten der Klienten erheblich ein und erschwerte ihre gesellschaftliche Teilhabe, insbesondere im Hinblick auf kostenpflichtige kulturelle, kreative und sportliche Angebote.

Die Wohnungsproblematik war ein zentraler Bestandteil der Betreuungsarbeit. Drei Klienten waren wohnungslos, acht akut und fünfzehn potenziell von Wohnungslosigkeit bedroht. Die Ursachen für Wohnungsverlust oder drohende Obdachlosigkeit waren vielschichtig und komplex. In vier Fällen resultierte der Verlust der Wohnung aus mietwidrigem Verhalten, das mit psychischen oder physischen Erkrankungen zusammenhing oder aus Verstößen Dritter gegen die Hausordnung. Weitere Gründe umfassten Wohnungsbrände, Krankheit, Trennung vom Partner sowie finanzielle Probleme, unter anderem durch nicht akzeptierte Mietkürzungen oder Verzögerungen bei der Leistungsbewilligung aufgrund von Sanktionen oder langen Bearbeitungszeiten durch Behörden.

Drei wohnungslose Klienten konnten erfolgreich in eigenen Wohnraum vermittelt werden. Weitere Klienten erhielten Unterstützung beim Erhalt ihrer Wohnung, wobei zwei von ihnen perspektivisch einen Umzug in Betracht ziehen müssen.

Die Vermittlung in neuen Wohnraum gestaltet sich zunehmend schwieriger. In Chemnitz mangelt es an angemessenem Wohnraum für den Personenkreis der Hilfe nach § 67 ff. SGB XII. Die Bevölkerungszahl steigt, viele Wohnungen werden saniert und die Mieten passen sich entsprechend an. Die komplexen Problemlagen der Klienten erschweren die Wohnraumsuche. Zudem sind immer weniger Vermieter bereit, Wohnraum für diese Zielgruppe bereitzustellen, da für sie die negativen Faktoren der Personengruppe in den Fokus rücken.

In den vergangenen Jahren kam es vermehrt zu Konflikten zwischen Klienten und Vermietern. Zwei Familien lebten in diesem Jahr unter unzumutbaren Bedingungen, da trotz mehrfacher Aufforderung die Heizung über einen Zeitraum von zwei Jahren nicht repariert wurde. Dies führte zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Kälte und Schimmelbildung. Eine der betroffenen Familien konnte erfolgreich in eine angemessene Wohnung vermittelt werden. Im zweiten Fall scheiterte ein Wohnungswechsel, da die Kostenübernahme durch das zuständige Amt nicht bewilligt wurde. Ein Widerspruch führte ebenfalls zu keiner Änderung, da der Umzug als nicht erforderlich eingestuft wurde.

Bei drei weiteren Klienten konnte die akute Bedrohung der Wohnungslosigkeit durch die Beantragung oder Durchsetzung von Leistungsansprüchen abgewendet werden. In anderen Fällen

trugen auch eine Verbesserung der individuellen Lebenssituation sowie eine Reduzierung von Stressfaktoren zur Stabilisierung der Wohnsituation bei.

4 Öffentlichkeitsarbeit

Soziale Medien spielen eine zentrale Rolle dabei, auf die Situation wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen aufmerksam zu machen. Durch die digitale Präsenz der Abteilung ist das Interesse an der Wohnungsnotfallhilfe kontinuierlich hoch. Die Betroffenen wurden mit ihrer Notlage wahrgenommen – und das nicht nur während der Wintermonate. Ganzjährig gingen Anfragen interessierter Bürger:innen zur Lebenssituation wohnungsloser Menschen ein.

Die Straßensozialarbeit engagierte sich in verschiedenen Gremien und durch die Vernetzung mit relevanten Akteur:innen der Stadt für die Interessen der Zielgruppe.

Die Teilnahme an Arbeitskreisen war sowohl digital per Videokonferenz als auch in Präsenz möglich. Dies ermöglichte eine enge Zusammenarbeit mit anderen Akteur:innen der sozialen Arbeit – sowohl auf regionaler als auch auf überregionaler Ebene.

Ein besonderer Höhepunkt des Berichtsjahres war der Tag der Wohnungslosen am 11. September. Gemeinsam mit dem Sozialamt der Stadt Chemnitz sowie weiteren Trägern der Wohnungsnotfallhilfe war die Abteilung auf dem Marktplatz vertreten, um über die Lebens- und Problemlagen der Betroffenen zu informieren.

Im November wurde der Lebenslagenbericht des Diakonischen Werkes Sachsen vorgestellt. Dabei flossen auch die Zahlen der Stadtmission Chemnitz ein. Die Präsentation im Rahmen eines Pressegesprächs wurde von Medienvertreter:innen dankbar angenommen, um sich umfassend über die Problematik der Wohnungslosigkeit und deren Folgen zu informieren.

5 Sozialpolitische Schlussfolgerungen

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit multiplen Problemlagen und begrenzten Ressourcen stellt weiterhin eine zentrale Herausforderung für die Wohnungsnotfallhilfe der Stadtmission Chemnitz dar. Sozialwohnungen sind kaum verfügbar und da auch viele große Wohnungsanbieter vermehrt auf Sanierungen und die damit verbundenen Mietsteigerungen setzen, wird die Vermittlung in Wohnraum für die Klientel immer schwieriger. Gleichzeitig werden die Mietobergrenzen für die Kostenübernahme nur bedingt angepasst, sodass die Kluft zwischen bezahlbarem Wohnraum und den finanziellen Möglichkeiten der Betroffenen stetig wächst – auch hier in Chemnitz. Zwar kann auch eine teurere Wohnung angemietet werden, jedoch bleibt die Kostenübernahme nur im Rahmen der KdU-Richtlinie. Dies führt dazu, dass Mietdifferenzen, Betriebskostennachzahlungen oder auch Umzugskosten nicht oder nur zum Teil übernommen werden – finanzielle Belastungen, die für viele Menschen in prekären Lebenslagen nicht zu stemmen sind.

Hinzu kommt, dass die von der Wohnungsnotfallhilfe betreute Personengruppe auf dem Wohnungsmarkt oft nicht erwünscht ist. Viele private Vermieter lehnen Mieter mit psychosozialen Problemlagen, niedrigem Einkommen oder unsicheren Beschäftigungsverhältnissen ab. Insbesondere für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder für Personen, die sich nicht ausreichend vor einem gewaltbelasteten oder destruktiven Umfeld schützen können, fehlen geeignete Wohnangebote. Diese Zielgruppe benötigt nicht nur geschützten Wohnraum, sondern auch sozialpädagogische Betreuung und Unterstützung. Ohne eine begleitende soziale Hilfe, die Stabilität schafft, Konflikte moderiert und die Betroffenen in ihren Alltagskompetenzen stärkt, bleibt eine nachhaltige Wohnraumvermittlung oft zum Scheitern verurteilt.

Fehlende Präventionsmaßnahmen und unzureichende Unterstützungsangebote verschärfen das Risiko von Wohnungslosigkeit und verhindern langfristig eine soziale Integration. Ein gezielter

Ausbau begleitender Hilfen oder auch innovative Hilfemaßnahmen wie das „Housing First“ könnten nicht nur den Wohnraumerhalt sichern, sondern auch kostenintensive Folgemaßnahmen wie Räumungen, Sanierungen der Wohnungen oder Gerichtsverfahren deutlich reduzieren.

Alfred Mucha

Abteilungsleiter Wohnungsnotfallhilfe